



Dank der BKV-Vereinbarung kann sich Baden-Baden auch künftig die Philharmonie leisten.

## Erleichterung – und ein Auftrag

BKV-Millionen fließen auch nach 2020 an die Kurstadt / Tourismuskonzept als Pferdefuß?

**A**ufatmen in der Kurstadt: Die seit 1995 bestehende sogenannte BKV-Vereinbarung zwischen Baden-Baden und dem Land Baden-Württemberg läuft auch nach 2020 weiter. Der Vertrag, der der Stadt jährlich Millionenzahlungen sichert, mit deren Hilfe die Kulturinstitutionen und der Marketing- und Veranstaltungsbereich in Ba-

den-Baden betrieben sowie die Grünanlagen in Schuss gehalten werden können, wäre in zwei Jahren ausgelaufen. Doch nach monatelangen Verhandlungen, in die am Ende entscheidend die beiden Landtagsabgeordneten Beate Böhlen (Grüne) und Tobias Wald (CDU) eingebunden sind, ist es im Frühjahr amtlich: Auch unter Führung der Grünen er-

kennt die Landesregierung die Sonderrolle an, die die Kurstadt spielt. Im Juli unterschreiben Finanzministerin Edith Sitzmann und Oberbürgermeisterin Margret Mergen die Verlängerung der Vereinbarung, wonach das Land jährlich etwa elf Millionen Euro an Baden-Baden zahlt. Zuvor hatten Gemeinderat und Landtag zugestimmt.

Anders als zuletzt, als der Vertrag eine Laufzeit von zehn Jahren hatte, ist die neue Vereinbarung zunächst nur fünf Jahre gültig – bis 2025. Ob es dann eine Verlängerung bis 2030 gibt, hängt davon ab, ob die Stadt es schafft, bis 2025 ein vom Land akzeptiertes und von der Region mitgetragenes Tourismuskonzept vorzulegen. Diesen Auftrag an die Stadt

sehen bei der Abstimmung im Mai im Gemeinderat etliche Stadträte als Pferdefuß an. Dennoch gibt es im Gremium eine überwältigende Mehrheit für die Vereinbarung. Das Konzept werde die Bedeutung der Kurstadt fürs gesamte Land herausarbeiten, meinte Mergen – als Grundlage dafür, dass die Vereinbarung auch künftig weiterlaufen könne.